

Fragenkatalog des Bündnis Nordost e.V. zur Landtagswahl am 08.10.2023



1. Flächenverbrauch in Bayern

a) Wie ist Ihre Sicht zum Münchner Wachstum und dem einhergehenden Flächenverbrauch?

Eines der drängendsten Herausforderungen für München ist es, ausreichend Wohnraum zu schaffen. Gleichzeitig dürfen wir zum effektiven Klimaschutz nicht unendlich Flächen versiegeln. Deshalb setze ich mich nicht nur für eine Vereinfachung beim Aufstocken von bestehenden Häusern, sondern auch dafür ein, den Bau von Hochhäusern zu erleichtern. Damit entschärfen wir den angespannten Wohnungsmarkt und eröffnen Chancen für klimafreundliches Bauen.

b) Wie sollen landwirtschaftliche Flächen in Metropolregionen (München und Umland, Nürnberg und Umland...) geschützt werden?

Indem wir das Bauen in die Höhe vereinfachen, verringern wir die Notwendigkeit, Städte in die Breite wachsen zu lassen. Davon profitieren insbesondere die angrenzenden landwirtschaftlichen Gebiete.

c) Wie stehen Sie zu dem Instrument der „SEM Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“, die auch als Ultima Ratio eine Enteignung der Eigentümer ermöglicht?

Enteignungen lehnen wir ab. Der Staat und die Stadt München sind nicht die besseren Bauherrn – das sehen wir leider an vielen Großprojekten auch in München. Wir setzen im Dialog mit den betroffenen Grundstückseigentümern eine gemeinsame Lösung zu finden. Wenn die Stadt erwartet, dass die Eigentümer ihre Grundstücke, die die Grundlage ihrer landwirtschaftlichen Betriebe bilden, für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen, dann müssen diese Eigentümer auch einen Teil der Planungsgewinne als Entschädigung für den Wegfall ihrer Betriebsgrundlagen erhalten. Ich sehe allerdings durchaus die Notwendigkeit einer Bauentwicklung im Nordosten Münchens.

d) Wie stehen Sie zu unserer Landwirtschaft (ökologisch und konventionell) und die damit verbundene Produktion von heimischen Lebensmitteln?

Ich befürworte regionale Strategien, beispielsweise die klare Identifizierung von regionalen, bayerischen Produkten in Supermärkten, beispielsweise durch Ausweitung von „front-of-pack-labeling“ mit dem Siegel „Geprüfte Qualität Bayern“. Auch setze ich mich dafür ein, dass der Staat in der Landesplanung kluge Impulse setzt, damit auch die schwächsten Räume nicht den Anschluss an die stärksten verlieren.

2. Baumschutz und Grünerhalt

a) Wie stehen Sie zur Forderung (Groß-) Bäume im Baurecht besser zu schützen (Baumerhalt vor Bau)?

Ich bin davon überzeugt, dass die kommunalen Entscheidungsträger mehr Entscheidungsspielraum erhalten sollten. Sie kennen sich vor Ort am besten aus. Bayernweite und unflexible Regularien bringen uns im Einzelfall nicht weiter.

b) Wie sehen Sie den Sachverhalt, der in Punkt a) gefragt wird, in Bezug auf den Ausbau bei ÖPNV-Projekten?

Die kommunalen Entscheidungsträger sollten mehr Entscheidungsspielraum erhalten, um im Einzelfall die bestmögliche Entscheidung zu treffen. Als Münchner FDP-Stadtvorsitzender darf ich für meine Stadt jedoch klar formulieren: Um das Münchner Verkehrsaufkommen in Zukunft klimaneutral zu bewältigen, dürfen wir den ÖPNV-Ausbau nicht weiter verkomplizieren. In Gänze betrachtet nützt der konsequente Ausbau des ÖPNV dem Klima mehr als der Erhalt eines einzelnen Baumes. Wichtig ist die Planung von Ersatzpflanzungen, die in der Zukunft wieder zusätzlichen Kohlenstoff binden.

c) Was halten Sie davon, die Ziele des Münchner Bürgerbegehrens „Grünflächen erhalten“ auf Bayern auszudehnen und in eine verbindliche Verordnung zu wandeln?

Um mehr Wohnraum zu schaffen und weniger Flächen zu versiegeln müssen wir das Bauen in die Höhe erleichtern. Grünflächen zu erhalten ist ein nobles Anliegen. Jedoch sind die Interessen von Bauherrn und Kommunen in bayerischen Städten andere als in ländlichen Regionen. Eine bayernweite verbindliche Regelung würde diesen regional unterschiedlichen Bedürfnissen nicht gerecht werden. Vielmehr setze ich mich dafür ein, dass die Entscheidungsträger vor Ort mehr Entscheidungsspielraum erhalten sollen.

d) Wie würden Sie die Sachlage bewerten, wenn eine landwirtschaftliche Fläche als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen wird, jedoch von dieser ausgewiesenen Fläche dann ca. 2/3 als Kiesabbaugebiet ermöglicht wird?

In einer Demokratie muss es möglich sein, alte Entscheidungen durch Neue zu ersetzen. Dies ist in Anbetracht immer neuer Bedürfnisse auch notwendig.

3. Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie

a) Wie stehen Sie zu einer Klagebefugnis auch für nicht direkt betroffene BürgerInnen (BürgerInnen die z.B. im betroffenen Stadtbezirk wohnen) im Rahmen von Bebauungsplanverfahren?

Ich halte die aktuelle Regelung, dass eine Rechtsverletzung der klagenden Partei möglich erscheinen muss, um eine Klage für zulässig zu erklären, für richtig. Im Baurecht bedeutet dies konkret, dass die Verletzung einer „drittschützenden Norm“, also einer Regelung, die gerade den unbeteiligten Klagenden schützen soll, im Raum stehen muss. Denn zum einen dürfen wir die Justiz nicht mit Verfahren überlasten und den Bauprozess unnötig in die Länge ziehen. Zum anderen steht schon jetzt durch die aktuellen Anforderungen jedem, der ein berechtigtes Interesse an Einmischung in das Verfahren hat, der Klageweg offen.

b) Wie werden Sie Initiativen und Vereine unterstützen das Petitionsverfahren des Landtages effizient zu nutzen?

Ich möchte mich im Landtag dafür einsetzen, dass Petitionen gewissenhaft aufgearbeitet werden und die Petenten politisches Gehör erhalten.

c) Sind Sie der Meinung, dass die Bürgerbeteiligung in Bayern ausreichend ist und auch gut umgesetzt wird?

Bürgerbeteiligung fängt für mich auf der kommunalen Ebene an und ist dort auch am wichtigsten. Denn dort werden diejenigen Entscheidungen getroffen, die die Bürgerinnen und Bürger am unmittelbarsten beeinflussen. Ich setze mich deshalb dafür ein, auf kommunaler Ebene Bürgerbeteiligung möglichst niedrigschwellig zu gestalten. Bspw. können wir durch Digitalisierung des Prozesses Bürgerentscheide deutlich vereinfachen.

4. Klimaschutz

a) Wie stehen Sie zum weiteren Wohnungs- und Gewerbebau in Ballungsgebieten versus „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ (Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete Kommission der 17. Wahlperiode)?

Ich bin davon überzeugt, dass jeder Einzelne sein Leben nach seinen Wünschen und Vorstellungen gestalten können soll. Wenn Menschen in einer Stadt leben möchten, müssen wir ihnen das ermöglichen. Der Wohnungs- und Gewerbebau soll sich nach der Nachfrage richten können.

b) Wie ist Ihre Haltung zur Forderung nach einem Ende des Flächenfraßes. (Wer Böden versiegelt muss an anderer Stelle die gleiche Fläche versiegelter Böden entsiegeln)?

Eines der drängendsten Herausforderungen ist es, ausreichend Wohnraum zu schaffen. Gleichzeitig dürfen wir zum effektiven Klimaschutz nicht unendlich Flächen versiegeln. Doch durch aktuelle Regularien ist das Bauen in die Höhe erschwert, sodass nur der Bau in die Fläche bleibt. Deshalb setze ich mich nicht nur für eine Vereinfachung beim Aufstocken von

bestehenden Häusern, sondern auch dafür ein, den Bau von Hochhäusern zu erleichtern. So schaffen wir eine wirksame Alternative zur Flächenversiegelung.

c) Was können Sie, bzw. der Freistaat Bayern dazu beitragen, dass gerade in den Ballungsgebieten, wichtige Kalt- und Frischluftschneisen in Zukunft nicht mehr verbaut werden (Hitzeresiliente Stadt)?

Die kommunalen Entscheidungsträger kennen ihre Gemeinden und Städte sowie deren Bedürfnisse am besten. Nicht umsonst ist die kommunale Selbstverwaltung, die auch die städteplanerische Planungshoheit enthält, ein von Verfassungs wegen geschütztes Gut. Es soll deshalb in den Händen der Menschen vor Ort liegen, wie sich ihre Gemeinde und Stadt in Zukunft entwickelt.

d) Wie ist Ihre Haltung zur Versiegelung bzw. der Entzug von landwirtschaftlichen Flächen- bzw. Freiflächen für die Gewinnung von Photovoltaikanlagen, bzw. die großflächige Erstellung von Windkraftanlagen in bzw. nahe von Waldgebieten und die Auswirkung auf Flora und Fauna?

Deutschland und Bayern müssen klimaneutral werden. Dafür benötigen wir klimaneutrale Energien, die nicht nur in Deutschlands Norden, sondern auch bei uns in Bayern entstehen müssen. Wer wie ich für eine Zukunft mit klimaneutraler Energie steht, muss sich deshalb für den vereinfachten Bau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen einsetzen. Damit dies maßvoll erfolgen kann, setze ich mich zudem dafür ein, dass wir die nötige Infrastruktur für Energie-Importe in Form von Wasserstoff errichten.

5. ÖPNV-Ausbau

a) Wie sehen Sie die Notwendigkeiten von weiteren Straßenbauprojekten (z. B. Ausbau der A99 West auf 6 Spuren, weiterer Ausbau der A99 Ost...)?

Ich bin davon überzeugt, dass jeder Einzelne frei entscheiden können soll, wie er sich fortbewegt. Unsere Mobilität muss sich nach den individuellen Bedürfnissen richten. Wir brauchen deshalb nicht nur den Ausbau des Schienennetzes, sondern auch ein belastungsfähiges Straßennetz. Durch klimafreundliche Technologien im Verkehrssektor ist dies auch mit einer klimaneutralen Zukunft im Verkehr vereinbar. Experten rechnen mit einem Zuwachs von Verkehr insgesamt von über 30% bis 2050. An dem muss sich die Verkehrsinfrastruktur ausrichten, damit sie nicht zur Wachstumsbremse wird.

b) Was ist aus Ihrer Sicht zu tun, um den ÖPNV-Ausbau zu beschleunigen (4-gleisiger Ausbau der S4, S-Bahn Ring...)?

Wir müssen Planungsverfahren beschleunigen und die Schieneninfrastruktur bedarfsgerecht erweitern. Ich persönlich hätte den S-Bahn-Ring der zweiten Stammstrecke vorgezogen.

c) Wie ist Ihre Haltung zur Forderung der Bürger und Bürgerinnen im Nordosten, dass der Bahnausbau zwischen Daglfing und Johanneskirchen in einer Tunnelvariante erfolgt? Und was können Sie bzw. der Freistaat Bayern dazu beitragen, dass dies auch umgesetzt wird?

Ich befürworte die Tunnelvariante, weil die Trasse perspektivisch durch besiedeltes Gebiet führt. Alternativ zu einer vollständigen Eintunnelung sollte die nach oben offene Einhausung geprüft werden. Dies kann bei geeigneter Randbebauung durch Gewerbeflächen und entsprechend ausgerichtete Wohnbebauung eine taugliche Alternative sein. Der Freistaat Bayern kann hier mit maßvollen Zuschüssen unterstützen.

d) Der Münchner Osten ist bereits heute verkehrlich überlastet, auch der ÖPNV stoßt bereits an seine Grenzen. In Anbetracht dessen, dass es in Zukunft gerade im Münchner Nordosten massive Bebauungen geben wird, wird sich die Lage noch verschärfen. Welchen Lösungsansatz haben Sie für dieses Problem und was kann der Freistaat dazu beitragen, um dieses Problem zu lösen?

Bei der SEM Nordost ist der ÖPNV-Ausbau gleich mitzudenken. Idealerweise erfolgt dieser noch vor den eigentlichen Hochbauten.

e) Wie ist Ihre Haltung zum Bau der Trambahn „Kurzstrecke“ zwischen Cosimastraße und Bahnhof Johanneskirchen, ein auch von Freistaat bezuschusstes Millionenprojekt?

Grundsätzlich ist jede weitere Vernetzung des ÖPNV in München zu begrüßen. Ich würde jedoch nachhaltige Lösungen einem Provisorium vorziehen.

6. Wir möchten auch den Menschen hinter den Plakaten kennenlernen daher einige persönliche Fragen an Sie richten.

a) Was bewegt Sie im Moment in Ihrer politischen Arbeit am meisten?

Mich bewegt es, wie wir eine sichere und nachhaltige Energieversorgung in Bayern ermöglichen, um private Haushalte wie Unternehmen aus der aktuellen Krise führen zu können.

b) Wenn Sie im Landtag sitzen, was erinnert Sie an Ihren Münchner Stimmkreis?

Der Bayerische Landtag liegt in meinem Stimmkreis. Ich würde mich also freuen ab dem 8. Oktober meinen Stimmkreis aus neuen Fenstern zu sehen.

c) Welche Lektüre (Buch oder Information) haben Sie zuletzt gelesen?

„Der Liberalismus und seine Feinde“ von Francis Fukuyama

d) Welches typische Münchner Gericht essen Sie gerne?

Rahmschwammerl mit Semmelknödeln